

## Donauregulierungs-Kommission.

Auszug aus dem Protokolle der am 6. April 1916 stattgehabten Vollversammlung.

Am 6. April 1916 fand eine Vollversammlung der Donauregulierungs-Kommission unter dem Voritze des k. k. Statthalters in Niederösterreich statt.

Vorerst machte der Vorsitzende Mitteilungen über einige Änderungen im Personale des Bureau der Kommission, ferner davon, daß nach Überwindung entgegenstehender, nicht geringer Hindernisse der Betrieb der von der Donauregulierungs-Kommission erbauten Speicheranlagen mit dem 30. März 1916 aufgenommen wurde.

Sodann wurde das Präliminare der Kommission für das Jahr 1916 genehmigt. Nach demselben wird sich die Bautätigkeit im laufenden Jahre wieder hauptsächlich auf die Förderung des Umbaues der Kaiser Franz Josef-Brücke erstrecken. Im übrigen werden nur die unumgänglich notwendigen Regulierungs- und Erhaltungsarbeiten ausgeführt werden.

Im Laufe der Präliminarverhandlung stellte das Kommissionsmitglied Ober-Kurator Steiner den Antrag, daß die Bau-Direktion und das administrative Bureau der Kommission zur Erstattung eines Berichtes über die in Deutschland zur Erbauung gelangenden Kanäle, welche die Verbindung mit der Donau herstellen, beauftragt werden.

Ein weiterer von dem genannten Kommissionsmitgliede gestellter Antrag geht dahin, unter Umgangnahme der seinerzeit für die Gewinnung eines Projektes über die Verbesserung des Hochwasserschutzes von Wien beschlossenen Ausschreibung eines Wettbewerbes die Bau-Direktion zu beauftragen, ein Projekt zur Beschlußfassung der Donauregulierungs-Kommission zu unterbreiten, das mit möglichst geringem Kostenaufwande einerseits die Abfuhr eines Hochwassers von 14.000 m<sup>3</sup> pro Sekunde vorsieht, gleichzeitig jedoch darauf Rücksicht nimmt, daß die linksufrigen Donaugemeinden an die Donauwasserstraße angeschlossen werden.

Ferner wurde über die anlässlich der Einführung des Regiebaubetriebes notwendigen Einrichtungen Beschluß gefaßt und hiebei hauptsächlich auf die Versorgung der Kommission mit den zur Ausführung notwendigen Steinen Bedacht genommen. In dieser Richtung wurde beschloffen, Steinbrüche teils zu pachten, teils anzukaufen.

Sodann wurde der Abverkauf von Gründen des Donauregulierungsfonds, angrenzend an die neue Kühl- und Gefrieranlage der Gemeinde Wien, an diese beschloffen. Die Gemeinde benötigt diese Gründe im Ausmaße von rund 9400 m<sup>2</sup> für eine Geleiseanlage und für die Rampe einer in Zukunft notwendig werdenden Brücke über die Donau.

Im Zusammenhange mit dieser Grundtransaktion mit der Gemeinde wurden auch einige kleinere andere Grundtransaktionen erledigt.

Einen weiteren Punkt der Tagesordnung der Plenarversammlung bildete die Beschlußfassung über die von der Staatsbahnverwaltung in Aussicht genommene Errichtung eines Massengüterbahnhofes auf Donauregulierungsfondsgründen im Erdbergermaiß.

Diese Gründe wurden seinerzeit von der Kommission im Hinblick auf den durch die Errichtung des Donau-Oberkanales zu erwartenden gesteigerten Wasserverkehr für Umschlagzwecke, insbesondere für Kohle, in Aussicht genommen.

Da diese Absicht bisher mangels Erfüllung der Voraussetzung nicht verwirklicht werden konnte, besteht kein Anstand, den seitens der Staatsbahnverwaltung benötigten Grund, welcher ungefähr die kanalabwärts gelegene Hälfte des der Kommission eigentümlichen Grundkomplexes am Erdbergermaiß darstellt, an die Staatsbahnverwaltung zu dem gedachten Zwecke zu verpachten und wurde auch in dieser Richtung seitens der Kommission Beschluß gefaßt.

Den von der Kommission beschäftigten Privatbediensteten wurden Kriegszulagen nach Analogie der den Staatsbediensteten gewährten Zulagen zuerkannt.

Schließlich wurden einige kleinere Angelegenheiten erledigt.